

Zu Punkt 3

Kündigung von Pachtverträgen mit der Firma Brühne im Bereich "Morgensonne" und "Kupferkuhle";

Antrag Nr. 243 der Ratsmitglieder E. Ibing, J. Wied und W. Braukmann vom 30.07.2009 und Antrag Nr. 246 der Bürgergemeinschaft Warstein (BG) vom 14.08.2009

(Vorlagen-Nr. 0124/2010)

Bürgermeister Gödde erläutert die Vorlage.

RM Braukmann bedankt sich zunächst für die Arbeit der Verwaltung und besonders für den Einsatz von Frau Rebein-Klößner bei der Auswertung der diversen Verträge mit der Steinindustrie. Es stelle sich die Frage nach dem generellen Umgang mit der Steinindustrie. Seiner Ansicht nach wurde oft zu viel Rücksicht genommen. Es habe viele Bedenken, auch überflüssige, gegeben, die zu Verzögerungen geführt hätten. Kompromissbereit zu sein sei oft sinnvoll. Doch jetzt gehe es um das Trinkwasser und die Gesundheit der Bevölkerung. Hintergrund für die beiden gestellten Anträge sei das Vorhaben der Steinindustrie, noch weiter in der Tiefe abzubauen. Dadurch könne evtl. die Trinkwasserversorgung gefährdet werden. Die Kündigung der 3 Verträge sei ein erster Schritt, hiergegen etwas zu unternehmen.

Als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Wirtschaftsförderung trägt RM Wüllner nunmehr eine persönliche Stellungnahme vor. *(Die Stellungnahme ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.)*

RM Lutterbeck schließt sich den Ausführungen von RM Wüllner an. Die Folgen einer Kündigung der Verträge seien nicht bis zum Ende durchdacht. Wer nicht für die Kündigung sei, sei deswegen noch lange nicht automatisch Lobbyist der Steinindustrie. Gegen einen solchen Vorwurf verwahre er sich vehement.

RM Köster macht klar, dass dies auch niemandem unterstellt werde, kann aber die Bedenken seiner Vorredner nicht teilen. Er verweist auf das Schreiben der BG-Fraktion, mit dem der Antrag Nr. 246 präzisiert werde. *(Das Schreiben ist als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.)* Sodann stellt RM Köster folgenden Antrag: **Der Punkt 4 der Begründung soll bei der Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Vorlage 0124/2010 nicht berücksichtigt werden.**

Stadtkämmerer Beutler erläutert, die Verwaltung habe den Punkt 4 ausdrücklich in die Begründung mit aufgenommen. Mit den Regelungen in den abgeschlossenen Pachtverträgen sei das Ziel verfolgt worden, nach Ablauf der Pacht eine weitgehend begradigte und rekultivierte Fläche zurück zu erhalten. Dieses Ziel sei nur zu erreichen, wenn unter Berücksichtigung der festgelegten Tiefenbegrenzung die noch vorhandene Kalksteinsubstanz abgebaut würde. Der in diesem Zusammenhang noch notwendig Abbau sei allerdings bis Ende des Jahres nicht möglich. Der Zeitrahmen für den Abbau könne aber mit der Steinindustrie verhandelt werden

RM Köster fragt an, ob der Rat beteiligt werde, wenn Folgeverträge abgeschlossen würden. Stadtkämmerer Beutler bestätigt dies.

RM Weber trägt nunmehr den schon im nichtöffentlichen Teil der Sitzung diskutierten Antrag der SPD-Fraktion vor, alle Verträge mit der Steinindustrie zu kündigen, um dann einen „Gesamtvertrag“ auszuhandeln. *(Der Antrag ist als Anlage 3 der Niederschrift beigelegt.)*

RM Wienert wirft die Frage auf, ob die Zielsetzung der Kündigung der Pachtverträge darin bestehe das Trinkwasser zu schützen oder letztlich die Steinindustrie in Warstein auszuschalten. Er weist deutlich darauf hin, dass nach geltender Rechtslage auch in Zukunft in Warstein Kalkstein abgebaut werden könne. Alle anderen Vorstellungen bezeichnet er als töricht. Weiter hinterfragt RM Wienert die Auswirkungen einer Kündigung der Pachtverträge. Er verdeutlicht, dass aufgrund des komplizierten Geflechts der mit der Steinindustrie geschlossenen Verträge mit juristischen Unwägbarkeiten zu rechnen sei, die möglicherweise in Schadenersatzforderungen gegen die Stadt enden könnten. Weiter vermutet er, dass mit der Kündigung der Verträge keine wesentliche Änderung der Situation in den Steinbrüchen einhergehe. Es gebe weiterhin ein Wegerecht, auch könnten Restmengen abgebaut werden. RM Wienert macht deutlich, dass er sich vor diesem Hintergrund, nach besonnener Abwä-

gung aller Fakten, auch eine Kündigung im nächsten Jahr hätte vorstellen können. So sei auch Zeit gewesen, noch einmal mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen. Gerade der knappe Entscheidungsspielraum habe jedoch eine vernünftige Entscheidungsfindung sehr erschwert.

RM Jesse ist der Auffassung, dass mit den Kündigungen selbst kein Trinkwasserschutz zu erreichen sei. Es gehe bei der heutigen Entscheidung auch um ein Signal an Steinindustrie und Bürgerschaft, dass die Stadt nunmehr ein größeres Selbstbewusstsein gegenüber der Steinindustrie an den Tag lege. Man müsse jetzt Zielvorstellungen klar und deutlich formulieren. Der Antrag, den die SPD-Fraktion gestellt habe, sei in seinen Folgen unübersehbar.

RM Ibing stellt klar, dass es in den gestellten Anträgen nicht darum gehe, der Steinindustrie das Leben schwer zu machen, indem man ihr z.B. das Wegerecht über die Parzelle 10 wegnehme. Dies sei nicht die Intention. Es gehe darum, dass ein Abbau in die Tiefe verhindert werde, dass schnellstmöglich eine Renaturierung erfolge, und dass ein deutliches Zeichen gesetzt werde.

RM Spanke stimmt den Ausführungen der CDU-Ratsmitglieder teilweise zu. Die Bevölkerung aber auch der Kreis Soest wundere sich über das Verhalten der Stadt Warstein gegenüber der Steinindustrie. Er ist der Auffassung, dass der Regionalrat im Sinne der Stadt entscheiden solle und auch müsse. Den Antrag der SPD-Fraktion sieht auch er als heikel an. Er regt eine namentliche Abstimmung an.

RM Köster führt aus, dass sich die WAL-Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion nicht anschließen könne. Er fragt die anwesenden Rechtsanwälte, ob die Aussage von RM Weber korrekt sei, wonach es juristisch problematisch sei, mit der Kündigung der Pachtverträge, also mit privatrechtlichen Mitteln, nach öffentlichem Recht zugestandene Positionen auszuhebeln.

RA Dippel erklärt, dass diese Aussage falsch sei. Er könne das auch erklären. Im Falle dieser Grundstücksverpachtungen zum Zwecke des Steinabbaus handele die Stadt Warstein wie ein privater Grundstückseigentümer. Die Situation sei anders zu beurteilen, wenn sich die Stadt zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe der Rechtsform des Privatrechts bedienen würde, was hier aber nicht der Fall sei. Die Verpachtung von Grundstücken zum Zwecke des Steinabbaus sei keine öffentliche Aufgabe in diesem Sinne.

RM Belecke sieht es als zwingend erforderlich an, alles zu tun, was die Position der Stadt gegenüber der Steinindustrie stärkt. Er geht auf einige Äußerungen ein, die im Laufe der vorangegangenen Diskussion gemacht wurden. Zur Sicherung des Trinkwassers könne die Stadt Maßnahmen ergreifen. Sie könne aber den Steinabbau nicht unterbinden, da sie in diesem Bereich nicht Genehmigungsbehörde sei. Ziel sei es, das Tiefergehen beim Abbau zu verhindern. Dahingehend seien schon Gespräche mit der Steinindustrie geführt worden. Darüber, dass alle bisherigen Verträge in einem einzigen neuen Vertrag aufgehen sollen, sollte in einer eigenen Sitzung beraten werden. Das Thema sei zu schwierig und umfangreich, um in der jetzigen Sitzung „auf die Schnelle“ darüber zu entscheiden.

RM Jesse führt aus, dass die zentrale Frage sei, wie man die Bürger/innen und das Trinkwasser vor den Auswirkungen des Steinabbaus schützen könne. Es sei Aufgabe des Bürgermeisters und des Rates, die Vorgehensweise mit der Steinindustrie festzulegen. Persönlich könne er die gestellten Anträge 243 und 246 mittragen, allerdings nicht den Antrag der SPD-Fraktion.

Bürgermeister Gödde erklärt ausdrücklich, dass die Kündigung der 3 Pachtverträge keine „Kriegserklärung“ gegen die Steinindustrie sein solle. Man wolle weiterhin versuchen, zum Wohle von Stadt und Steinindustrie gut zusammen zu arbeiten. Der Schutz der Bevölkerung habe dabei allerdings oberste Priorität. Es sei jetzt ein klares Zeichen gegenüber der Steinindustrie zu setzen.

Bürgermeister Gödde greift den aktuellen Wortbeitrag von RM Weber auf, man müsse zum Wohle der Stadt handeln, und trägt vor, dass er mehr als erstaunt gewesen sei, als er festgestellt habe, dass an die Fa. Brühne Unterlagen aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung weitergeleitet worden seien. Er habe das Schriftstück bei einem Gesprächstermin, welchen er zusammen mit Stadtkämmerer Beutler im Büro des Herrn Dr. Bauer wahrgenommen habe, auf dessen Schreibtisch gesehen und man habe darüber gesprochen. Herr Dr. Bauer habe erklärt, die Unterlage von RM Weber erhalten zu haben. BM Gödde missbilligt ausdrücklich diese Vorgehensweise von RM Weber.

RM Weber widerspricht vehement dieser Aussage. Er habe keine Vorlagen aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung an Dr. Bauer weitergeleitet.

Sachgebietsleiter Wietfeld führt aus, dass zusammengefasst folgendes herauszustellen sei:

1. Im Rahmen der 56. Änderung des Flächennutzungsplanes werde u. a. angestrebt, alle bisherigen vertraglichen Regelungen mit der Steinindustrie aufzuheben und in einem städtebaulichen Vertrag zu verankern. Entsprechende Beschlüsse seien gefasst.
2. Zu den Anträgen Nr. 243 und Nr. 246 sei eine Beschlussvorlage nach vorheriger juristischer Prüfung des Sachverhalts für die heutige Sitzung vorgelegt worden.
3. Der in der heutigen Sitzung von der SPD-Fraktion unterbreitete alternative Beschlussvorschlag, dass sämtliche Verträge mit der Steinindustrie unter Beachtung der jeweiligen Kündigungsfristen gekündigt werden sollten, sei problematisch, da bei dieser Vorgehensweise die dann eintretenden Konsequenzen nicht zu überblicken seien

RM Wüllner greift noch einmal die Information zur Weitergabe vertraulicher Unterlagen auf und rügt das Verhalten von Bürgermeister Gödde. Es sei nicht korrekt, solche Aussagen bzw. Anschuldigungen im öffentlichen Teil einer Sitzung zu machen. Herr Gödde hätte zunächst persönlich mit RM Weber sprechen müssen. Allenfalls hätte die Angelegenheit im nichtöffentlichen Teil der Sitzung angesprochen werden dürfen. RM Kruse schließt sich der Auffassung von RM Wüllner an.

RM Köster beantragt eine namentliche Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion, den Vorschlag der BG-Fraktion zur Begründung der Vorlage sowie den unveränderten Beschlussvorschlag der Vorlage 0124/2010. Diesem Antrag schließen sich mehrere Ratsmitglieder an.

Auf Wunsch der CDU-Fraktion - RM Linnemann meldet Beratungsbedarf an - wird die Sitzung einvernehmlich für einige Minuten unterbrochen.

Bürgermeister Gödde stellt nach Wiederaufnahme der Sitzung zunächst klar, dass es sich bei der an die Fa. Brühne weitergeleiteten Unterlage nicht um eine Vorlage aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung gehandelt habe, sondern um das Rechtsgutachten der Rechtsanwaltskanzlei Brandi, welches die Stadt Warstein in Auftrag gegeben habe. Dieses umfassende Gutachten sei seitens der Verwaltung nicht allen Mitgliedern des Ausschusses sondern nur den Fraktionsvorsitzenden zur vertraulichen Behandlung überreicht worden.

Entsprechend dem gestellten Antrag lässt Bürgermeister Gödde nun in drei Durchgängen namentlich abstimmen. Die Abstimmung wird durch Einwurf von Stimmkarten in Urnen vorgenommen. Es sind drei Urnen aufgestellt. Die Urnen sind gekennzeichnet für "Ja-Stimmen", "Nein-Stimmen" und "Stimmenthaltungen". Vor Beginn jeder Abstimmung werden Stimmkarten mit Aufdruck der jeweiligen Namen an den Bürgermeister und die Ratsmitglieder verteilt. Die Auswertung nehmen die Herren Wiese und Beutler und im Rahmen der dritten Abstimmung die Herren Wietfeld und Bathe vor. Es wird jeweils laut vorgelesen, wie die einzelnen Stimmberechtigten abgestimmt haben.

Abstimmungsergebnisse:

Antrag der SPD-Fraktion

Kündigung aller Verträge mit der Steinindustrie, um durch einen neu abzuschließenden „Generalvertrag“ mit der Steinindustrie eine städtebauliche Gesamtlösung zu erreichen.

Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung

Nr.	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
-----	------------	--------------	--------------

	= für den Antrag	= gegen den Antrag	
1	Ehling	Becker	
2	Enste	Beele	
3	Feldmann	Belecke	
4	Koch	Bertling	
5	Koerd	Braukmann	
6	Kruse	Bräutigam	
7	Kuhlmann	Dobat	
8	Treptow	Dolle	
9	Weber	Foggia	
10	Wüllner	Gödde	
11		Heidrich	
12		Hoebusch	
13		Ibing	
14		Jesse	
15		Knülle	
16		Köster	
17		Kramer	
18		Kühle	
19		Linnemann	
20		Liß	
21		Lutterbeck	
22		Maas	
23		Risse	
24		Spanke	
25		Stamen	
26		Störmann	
27		Wienert	
28		Wiese	
	10 Ja-Stimmen	28 Nein-Stimmen	0 Stimmenthaltungen

Antrag der BG-Fraktion

Der Punkt 4 der Begründung soll bei der Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Vorlage 0124/2010 nicht berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung

Nr.	Ja-Stimmen = für den Antrag	Nein-Stimmen = gegen den Antrag	Enthaltungen
1	Beele	Becker	Gödde
2	Belecke	Bertling	
3	Braukmann	Dobat	
4	Bräutigam	Dolle	
5	Foggia	Ehling	
6	Heidrich	Enste	
7	Hoebusch	Feldmann	
8	Ibing	Jesse	
9	Köster	Knülle	
10	Kramer	Koch	
11	Kühle	Koerd	
12	Liß	Kruse	
13	Risse	Kuhlmann	
14	Spanke	Linnemann	

15	Wiese	Lutterbeck	
16		Maas	
17		Stamen	
18		Störmann	
19		Treptow	
20		Weber	
21		Wienert	
22		Wüllner	
	15 Ja-Stimmen	22 Nein-Stimmen	1 Stimmenthaltung

Beschlussvorschlag der Vorlage 0124/2010

Kündigung von Pachtverträgen mit der Firma Brühne im Bereich "Morgensonne" und "Kupferkuhle";

Antrag Nr. 243 der Ratsmitglieder E. Ibing, J. Wied und W. Braukmann vom 30.07.2009 und Antrag Nr. 246 der Bürgergemeinschaft Warstein (BG) vom 14.08.2009

Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung

Nr.	Ja-Stimmen = für den Beschlussvorschlag	Nein-Stimmen = gegen den Beschlussvorschlag	Enthaltungen
1	Becker	Koch	Enste
2	Beele	Kruse	Feldmann
3	Belecke	Lutterbeck	
4	Bertling	Störmann	
5	Braukmann	Weber	
6	Bräutigam	Wüllner	
7	Dobat		
8	Dolle		
9	Ehling		
10	Foggia		
11	Gödde		
12	Heidrich		
13	Hoebusch		
14	Ibing		
15	Jesse		
16	Knülle		
17	Koerdt		
18	Köster		
19	Kramer		
20	Kühle		
21	Kuhlmann		
22	Linnemann		
23	Liß		
24	Maas		
25	Risse		
26	Spanke		
27	Stamen		
28	Treptow		
29	Wienert		
30	Wiese		
	30 Ja-Stimmen	6 Nein-Stimmen	2 Stimmenthaltungen

Nach Bekanntgabe der einzelnen Abstimmungsergebnisse teilt Bürgermeister Gödde mit, dass der Beschlussvorschlag der Vorlage 0124/2010 mit 30 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen angenommen worden sei.